

Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung als Politikfeld Vorschläge zur Stärkung der Demokratie

Dr. Markus Pausch
Zentrum für Zukunftsstudien
FH Salzburg
markus.pausch@fh-salzburg.ac.at

Zentrale Fragestellungen



In welchem Verhältnis stehen Staat und Zivilgesellschaft?

Wie kann die Politik BürgerInnen-Beteiligung fördern?





http://www.tumblr.com/tagged/l'etat%20c'est%20moi





Quelle: http://www.nomos-shop.de/newsletterview.aspx?newsletter=380

Zweck des Staates



"Der letzte Zweck des Staates ist nicht, zu herrschen noch die Menschen in Furcht zu halten oder sie fremder Gewalt zu unterwerfen, sondern vielmehr den Einzelnen von der Furcht zu befreien, damit er so sicher als möglich leben und sein natürliches Recht, zu sein und zu wirken, ohne Schaden für sich und andere vollkommen behaupten kann. ... Der Zweck des Staates ist in Wahrheit die Freiheit." (Baruch de Spinoza)

Zivilgesellschaft



"Die Zivilgesellschaft setzt sich aus jenen mehr oder weniger spontan entstandenen Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen zusammen, welche die Resonanz, die die gesellschaftlichen Problemlagen in den privaten Lebensbereichen finden, aufnehmen, kondensieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten." (Habermas 1992, 443).



STAAT W ZIVILGESELLSCHAFT **BÜRGER/INNEN**

M K

R

E

G

Е

R

N

Α

Ν

GOVERNANCE statt GOVERNMENT



Statt TOP-DOWN-Regierung soll es zu einer enthierarchisierten Politik kommen, die BOTTOM-UP-Prozesse zulässt und fördert.

- Flache Hierarchien
- Einbindung aller betroffenen Gruppen
- Konsultationsverfahren (Grünbücher, Weißbücher)
- Insbesondere auf EU-Ebene

Direkte Demokratie



- Initiativanträge
- Bürgerbegehren
- Volksentscheide
- EU-Petition

ABER: sozial selektiv, zu hohe Erwartungen, populismusanfällig

Allgemeine Vorschläge



- 1. Soziale Sicherheit und Umverteilung
- 2. Wahlpflicht
- 3. AusländerInnen-Wahlrecht
- 4. Politische Bildung
- 5. Workplace-Democracy

Zusätzlich für Salzburg



1. Ressort für Zivilgesellschaft:

Personal, Budget, Netzwerk

2. Offene Konsultationsverfahren:

Grünbuch, Weißbuch, öffentliche Debatten

3. BürgerInnenräte u. ä.:

Siehe Büro für Zukunftsfragen in VBG usw.